

Zwischen „verdientem Ruhestand“ und „Alterskraftunternehmer“: Das Alter in der Aktivgesellschaft –

eine Skizze und offene Fragen zur Gestalt eines „Programms“ und seinen Widersprüchen

I Aktivierung macht vor dem Alter nicht halt

Der gegenwärtig beobachtbare Umbau des Sozialstaats in „aktivierender“ Absicht konfrontiert auch die höheren Lebensalter mit neuartigen programmatischen und institutionellen Anforderungen. Die vom „sorgenden Staat“ (de Swaan 1993) der Nachkriegszeit organisierte Entpflichtung der älteren, nicht (mehr) erwerbstätigen Generation im Rahmen der Institution des „verdienten Ruhestands“ weicht zunehmend einer sozialpolitischen Programmatik der aktivgesellschaftlichen „Responsibilisierung“ der Älteren. Dabei differenzieren wir zunächst nur ganz grob innerhalb dessen, von dem als gemeinsamem Aggregat zu sprechen auch hier nur noch begrenzt Sinn macht: „dem Alter“ – immerhin funktioniert es noch mit Blick auf den behaupteten Megatrend.

Hinsichtlich des „*dritten* Alters“ (Laslett, 1995) äußert die Aktivierung und Responsibilisierung sich in Maßnahmen zur Verlängerung der Lebensarbeitszeit, zur Absenkung des Rentensicherungsniveaus und zur Nutzung der „Produktivität des Alters“ (Baltes/Montada, 1996) auch jenseits des Erwerbslebens. Und auch vor dem „*vierten* Alter“, wie es etwa Thema der Berliner Altersstudie war (Baltes/Mayer 1999), macht die Programmatik der Aktivierung nicht Halt – sei es in Gestalt von Strategien aktiven Ansparens reziproker Rückerstattungsansprüche in informellen Unterstützungskonten (etwa in seniorenengenossenschaftlichen Zeitgutschriften, Otto 1995), sei es in Form immer raffinierterer Unterstützungen der Selbstunterstützungskompetenzen und -netze (Otto & Bauer, 2005), sei es dienstleistungsbezogen in der Rationalität des „User Involvement“ und in noch effizienteren Settings wohlfahrtsgemischter Koproduktion. Die gesellschaftspolitische Tendenz, zunächst die Personen des erwerbsaktiven Zentralalters als „Unternehmer ihrer selbst“, ihrer Arbeitskraft und ihrer Daseinsvorsorge, zu definieren, macht somit auch vor der Altenpolitik nicht Halt – deren Adressaten werden in ähnlicher Weise zum Ziel einer öffentlichen Verantwortungs- und Selbstverantwortungsrhetorik, eines politisch wie medial konstruierten Bildes vom alten Menschen als „Alterskraftunternehmer“, als Aktivist einer selbstbestimmten und sozial verantwortlichen Lebensführung.

Im Zentrum der vorliegenden Skizze steht *einerseits* der Versuch, dieses radikalisierte Programm als solches – auch in der Konfrontation mit seinen Widersprüchlichkeiten – dingfest und beschreibbar zu machen. Die realen Wirkungen des Programms aber sind – darauf soll *andererseits* aufmerksam gemacht werden – zu reformulieren aus der Perspektive der Subjekte, also der als aktiv gedachten, leis-

tungsbereit behaupteten und produktiv gewollten „Alten“. Es ist nach dem wissens- und praxisstrukturierenden Potenzial der alterspolitischen Aktivierungsprogrammatisierung zu fragen, nach den gesellschaftlichen Deutungs- und Verarbeitungsmustern derselben, nach den Formen und Mechanismen ihrer subjektiven Aneignung durch die Adressaten. Polarisiert gefasst: Ist das Bild vom „verdienten Ruhestand“ noch gesellschaftlich akzeptiert und handlungsleitend? Oder denken und handeln die Menschen schon im Einklang mit dem Bild vom „Alterskraftunternehmer“? Und welche Relevanz hat die aktivgesellschaftliche Programmatisierung für die „soziale Realität“ des Alters und der Alten? Die Beantwortung dieser Fragen wird die Skizze nicht leisten, wohl aber Ansatzpunkte zu deren präziserer Formulierung.

II Fundamente des für Alte sorgenden Staates in Deutschland im Licht des Aktivitätsprogramms

Relativierend kann mit einiger Berechtigung gesagt werden, dass die Leitidee des sorgenden Staates im Feld gerade der deutschen Altenpolitik nur höchst ungleichzeitig und ungleich stark verwirklicht worden war. Die Institutionalisierung einer „nichtaktiven“ Lebenslaufphase findet sich mit deutlicher Ausprägung in der *Einkommenssicherungspolitik* in Form des „Sozialversicherungsstaats“ (Seeleib-Kaiser, 2001; Ullrich, 2000) – als zuverlässige und für abhängig Arbeitende nebst „ihren Lieben“ universalisierte Suspendierung vom (Erwerbs-)aktivitätszwang, die zudem im Verlauf der „Verjüngung“ und „Entberuflichung des Alters“ (Tews 1993) in durchschnittlich immer jüngeren Altersjahren griff und (noch) greift. Dazu tragen freilich nicht nur Regelungen der Alterssicherung und arbeitspolitische Maßnahmen bei, sondern ebenso altersbezogene Rekrutierungsmuster auf dem Arbeitsmarkt. Diesem jahrzehntelangen Normalitätsmuster entsprechen auf der Ebene *subjektiver* Repräsentation tief eingelebte entsprechende Sicherheits- und Gerechtigkeitserwartungen, die als wesentliches Element auf Entpflichtung verweisen. Bemerkenswert ist, dass die sozialpolitische und gesellschaftliche Institutionalisierung des Lebenslaufs mit dem Ruhestandsbeginn gewissermaßen abbricht und wir einen – jenseits der in allen wesentlichen Zentralbereichen geronnenen Abwesenheit des aktiv beteiligten Alters – wohlfahrtsstaatlich nur vergleichsweise schwach überformten Abschnitt vorfinden.

Die *Sorgepolitik* des sorgenden Staates dagegen ist gekennzeichnet von Residualität – sie ließ in Deutschland immer schon und sehr lang wesentlich die sozialen Netzwerke selber sorgen, nur subsidiär unterstützt durch die kommunalen Staatsinstanzen im „armutspolitischen“ Unterstock des Sozialstaats. Die Subsidiarität im föderalen Verantwortungsgeflecht änderte sich erst mit der jahrzehntelang verschleppten bundesstaatlichen Regelung der Absicherung von Sorge- und Pflegearbeit in Gestalt des SGB XI – immerhin neben der Frage der Alterseinkünfte die größte sozialstaatliche Sicherheitsthematik. Die andere, die mikropolitische wirksame, Seite der subsidiären Steuerungsidee aber ist im Aktivierungsperspektive kaum zu überschätzen: Im Kontext dieser Perspektive setzt die Pflegeversicherung früh (vielleicht weil so spät im Sozialstaat implementiert) auf Aktivierung – durch Hürden gegenüber der stationären Rundumsorge, durch Prämien für informelles Aktivwerden (Pflegegeld) usw. Aber etwas anderes ist immer schon – und immer noch – da: ein sehr weitgehend aktivierter Grundstock der – absichtsvoll ökonomisch akzentuiert: – Wohlfahrtsproduktion in sozialen Netzwerken.

Im durch sie transportierten Vorstellungsmuster ebenso wie in ihren konkreten Wirkungen im Einzelfall ist die Pflegeversicherung in Sachen Aktivierung einerseits radikal – wenn sie etwa kontrafaktisch

noch dort auf informeller Aktivierung aufzubauen sucht, wo nichts mehr zu aktivieren geht (etwa, wenn ältere Pflegebedürftige schlicht kein tragfähiges Netz informell-sozialer Unterstützung (mehr) haben. Sie bleibt andererseits – so eine ganz anders radikalisierte Kritik – in ambulanten wie stationären Diensten weit unter den Möglichkeiten nachhaltiger Aktivierung – ironischerweise gerade durch ein normierendes Aktivierungsverständnis, durch zu hohe Vernutzung der Aktivierten, durch Aussparung ganzer Klassen möglicherweise noch zu Aktivierender (bspw. Bürgerschaftlich Engagierter), durch sträfliche Vernachlässigung der Aktivierung von stützenden Settings für diejenigen, die nicht den Normalfall der Aktivierungsressource „Angehöriger“ aufweisen.

Auch die Pflegeversicherung samt der durch sie substanziell geprägten professionellen und institutionellen Praxen trägt bei zu einer spezifischen subjektiven Repräsentation der Aktivitätsthematik – rund um Zuständigkeiten, Entpflichtungen und Verpflichtungen – in möglicherweise je verschiedener Weise bei (noch) nicht Betroffenen, bei Pflegenden oder bei Gepflegten. Mindestens ebenso wichtig aber ist, dass die staatlich mit dem SGB XI neu geregelte Aktivitätsstruktur auf einem historisch gänzlich ungebrochenen hohen Fundament der Aktivität, der Selbstsorge für sich und die Angehörigen und damit *in diesem zentralen Sicherungsbereich* eben *nicht* auf ein sozialstaatlich (mit)produziertes Disengagement verweist, mit Bezug auf einige spezifische Rollenerwartungen sogar auf eine staatlicherseits überaus verbindliche Aktivitätserwartung.

III Aktivierung als Megatrend?

Anders als gängige „Reformstau“-Diagnosen suggerieren, lassen sich die 1990er Jahre durchaus als eine Zeit beschleunigten institutionellen Wandels in Deutschland beschreiben (Lessenich 2003a). Die wirtschaftlichen und sozialstrukturellen Implikationen der Wiedervereinigung haben die bereits seit den 1970er Jahren sich abzeichnenden Finanzierungsprobleme und Funktionslücken des deutschen Sozialstaats verstärkt ins politische Bewusstsein treten lassen. Beschäftigungsrückgang und Bevölkerungsschrumpfung, sprich die allen arbeitsmarktpolitischen Anstrengungen zum Trotz sich verfestigende Massenarbeitslosigkeit in den neuen Bundesländern auf der einen, die relativ plötzliche, nicht zuletzt in Verbindung mit dem ostdeutschen „Geburtenschock“ (Niephaus 2003) stehende „Entdeckung“ der Demografie als Thema der Gesellschaftspolitik auf der anderen Seite haben als Triebkräfte eines „aktivierenden“ Umbaus des bundesdeutschen Sozialstaatsmodells eine bedeutsame Rolle gespielt. Begleitet und beeinflusst von der internationalen Diffusion von Diskursfiguren wie der durch die OECD propagierten „active society“ (Walters 1997) oder den von Seiten der EU im Rahmen der Europäischen Beschäftigungsstrategie proklamierten Zieldimensionen „employability“ und „entrepreneurship“ (Larsen/Taylor-Gooby 2004) hat auch die deutsche Sozialpolitik in den letzten Jahren auf ganz unterschiedlichen Ebenen eine programmatische Wende zum „aktivierenden Sozialstaat“ vollzogen.

Diese unter der Formel vom „Fördern und Fordern“ vorangetriebene strategische Umorientierung ist hierzulande im Bereich der Arbeitsmarktpolitik – vom „Job-AQTIV-Gesetz“ bis „Hartz IV“ – besonders offenkundig geworden und umstritten gewesen (Lessenich 2003b; Mohr 2004; Ullrich 2004), hat jedoch vor anderen sozialpolitischen Feldern keineswegs Halt gemacht und im Zeichen der Diskurskarriere von „active ageing“ in der europäischen Sozialpolitik (Mandin 2004) nun auch auf breiter Front Eingang in die Alterssicherungs- und Altenpolitik gefunden. Auf zwei Eigentümlichkeiten dieses Feldes

wird schon hier hingewiesen, nicht umsonst werden sie in der Argumentation stärker ausgearbeitet: *Erstens* tritt im Feld der Altenpolitik Erwerbsaktivierung eher zurück hinter großen Responsibilisierungserwartungen hinsichtlich der zwei großen weiteren Komplexe *Fremdhilfe* – Platzhalter: Bürgerschaftliches Engagement – und *Eigenhilfe* – von gesundheitsbezogener Prävention bis zur Herausforderung privater Netzwerkpflege u.v.a.m. – neben denen sich freilich weitere Aktivierungsbereiche identifizieren – beispielsweise politische Partizipation – lassen. *Zweitens* haben Aktivitäts- und Aktivierungstopoi mit Blick auf Ältere eine bereits lange und prominente Tradition, die sich so wohl eher nicht in anderen wohlfahrtsstaatlichen Bereichen findet.

IV *Nur eine neue Runde altengesellschaftlicher Aktivierung oder neue Qualität?*

Was in diesem Politikfeld derzeit vorstatten geht, ist nicht weniger als eine gesellschaftliche Neuverhandlung des Alters und seiner sozialen Funktion (Barkholdt 2004). Gerahmt wird sie durch – schon vor rund eineinhalb Jahrzehnten – in vielen Ländern einsetzende Debatten um die o.g. „Produktivität des Alters“ und die „Gerechtigkeit zwischen den Generationen“ (z.B. Thomson 1989; Bengtson/Achenbaum 1993). Konnte im „goldenen Zeitalter“ des Wohlfahrtsstaats das „Disengagement“ der Älteren – ihr (vorzeitiger) Rückzug nicht nur aus der Arbeitswelt, sondern letztlich aus jeglicher sozialen Rollenzuschreibung – noch als gesellschaftlich funktional interpretiert werden, hat sich dies spätestens im Zuge einer auf Dauer gestellten „Krise des Sozialstaats“ ins Gegenteil verkehrt. Dabei wurde – mit Bezug auf das *eine* überragende Gerechtigkeitsthema: die Rentenversicherung – lange Zeit nicht erkannt, dass die demografische Entwicklung – selbst bei *Beibehaltung* der im äquivalenzbasierten Sicherungssystem geronnenen intergenerationellen Transferregeln – zu einer unbeabsichtigten Ungleichbehandlung (Dallinger 2005, S. 29) führt – Gleichbehandlung verschiedener Kohorten im Zeitverlauf führt zu dramatisch ungleichen Erträgen bzw. Belastungen. Die Lage mit Bezug auf das andere große Gerechtigkeitsthema – die „Pflegerlasten“ – ist kaum einfacher.

Die Alten gelten zunehmend als Passiva der gesellschaftlichen Wohlfahrtsbilanz, insbesondere jener der mittleren Altersgruppen, weswegen verstärkt nach ihren Ressourcen, Kompetenzen und Potenzialen, nach Möglichkeiten des „Re-Engagements“ älterer Menschen und ihrer „Wiederverpflichtung“ im Rahmen eines „neuen Generationenvertrags“ gefahndet wird. Entsprechende Programmatiken beziehen sich dabei nicht allein auf die Frage der Ausweitung des Erwerbsspersonenzpotenzials durch Verlängerung der Lebensarbeitszeit bzw. Erhöhung des faktischen Rentenzugangsalters oder auf die Problematik der Förderung privater Altersvorsorge auf Seiten der Erwerbstätigen (Stichwort „Riester-Rente“). Vielmehr verändern sich auch die politisch definierten Erwartungen an eine „erfolgreiche“ Gestaltung der (nach hinten verschobenen) Nacherwerbsphase selbst. Im Schlussbericht der Enquête-Kommission Demographischer Wandel des Deutschen Bundestags (2002: 104) heißt es in diesem Sinne: „Die Zunahme von Ressourcen und Kompetenzen älterer Menschen und das erhebliche Ausmaß an freier Zeit ziehen eine Erhöhung ihrer Aktivitätspotenziale nach sich. Dies hat angesichts der demographischen Verschiebungen und der daraus zwangsläufig entstehenden Belastungen der sozialen Sicherungssysteme zu einer Diskussion darüber geführt, ob und wie die personellen, ökonomischen und zeitlichen Ressourcen der Älteren gesellschaftlich genutzt werden sollten. Es stellt sich mithin die Frage, ob die älteren Menschen einen Eigenbeitrag zur Entschärfung der durch den demo-

graphischen Wandel verursachten Verschiebungen im Belastungsgefüge der Generationen leisten können und müssen.“

Diese Aktivierungsprogrammatisierung entfaltet – das lässt sich daran ablesen – hinsichtlich des Alters besondere Sprengkraft gerade deshalb, weil sie hier gar nicht neu ist. Sie trifft auf jahrzehntelange Anstrengungen zumindest in gesellschaftlichen Teilsystemen, einen Kontrapunkt zum Bild des entpflichteten, passivierten, disengagierten Alters zu formulieren. Zentral werden sie durch die erstarkende Gerontologie und ihre differenzielle Betrachtung des Alters gespeist. Wichtige Stichworte markieren – nur als Beispiele – die Aktivitätstheorie, die vielfältigen Befunde zu überaus starken Solidaritätsbeiträgen der Älteren im intergenerationellen Austausch, die Forderung nach einer Ablösung des institutionalisierten sequenzialisierten Lebenslaufs durch ein Modell der altersintegrierten Rollen (Riley/Riley 1992). In diesen Diskursen wurde früh die Spannung verhandelt zwischen einerseits weithin unterschätzten Potenzialen – Aktivitätsressourcen – älterer Menschen, andererseits einer ganz beträchtlichen diesbezüglichen Unterschiedlichkeit angesichts der vielen Gesichter des Alters, schließlich einer fundamentalen Kritik an einer Gesellschaft, die im Angesicht der demografischen Entwicklung Alter dennoch nur als „rolleless role“ (Rosow 1974) begreift.

Verhaltensanforderungen der „Aktivierung“, „Selbststeuerung“ und „Eigenverantwortung“, wie sie im Erwerbssystem zunehmend dominant geworden und in der Sozialfigur des „Arbeitskraftunternehmers“ (Voß/Pongratz 1998; Pongratz/Voß 2003) analytisch verdichtet worden sind, springen auf das System der Lebensführung im Alter (Backes et al. 2004) über, wo das komplementäre Bild des „Alterskraftunternehmers“ an Kontur und Relevanz zu gewinnen beginnt. Das Alter und die Alten werden in die sozialpolitisch konstruierte „Aktivgesellschaft“ eingemeindet, durch den neuen, „investiven“ Sozialstaat (Giddens 1998; Esping-Andersen 2002) gewissermaßen wieder eingebürgert, von der erwerbsgesellschaftlichen Logik ein- und in den gesellschaftlichen Verteilungskonflikt zurückgeholt. Der individuelle Anspruch auf Selbstverwirklichung im Alter verkehrt sich, so könnte man diesen Prozess (mit Honneth 2002 und im Anschluss an Boltanski/Chiapello 2003) deuten, in eine institutionelle Forderung, und sein inhaltlicher Bezugspunkt ist nicht mehr der im Zuge der wohlfahrtsstaatlichen Regulierung des Lebenslaufs (Kohli 1985; Mayer/Müller 1989; Myles 1990) institutionalisierte, wohlverdiente „Ruhestand“, sondern eine über die Kindererziehungs- und Erwerbsphase hinaus verlängerte, permanente „Aktivität“.

Auch hier lässt sich zeigen, wie sehr die Altersforschung diese Perspektive durch Grundlagenüberlegungen zu „age integration“ – der Suche also nach altersintegrierten Rollen – vorbereitet. Allerdings sind dabei die Vorzeichen anders besetzt – eher im Sinne von Chancen und Herausforderungen als von gesellschaftlichen Forderungen. Diese altersintegrierte Perspektive hat ihren breitesten Niederschlag vielleicht im Kontext des lifelong learning gefunden und aktualisiert sich verspätet in den Diskursen zur Flexibilisierung und Hinausschiebung von Erwerbsaltersgrenzen. Ganz deutlich hat die Kompetenzorientierung einer erstarkenden interdisziplinären Gerontologie (als Überblick: Kruse/Martin 2004) die Fundamente bereitet für die in vielen Wellen und Gestalten gestarteten unterschiedlichen einschlägig expliziter Aktivierungs-Programme – vom aktiven Senior bis zum Seniorexpertenservice –, die sich heute verdichten zu einem breiten Strom der verstärkten Einbindung Älterer in bürgerschaftliches Engagement. Gemeinsam oszillieren all diese Formen von im Lebenslauf entgrenzter Aktivierung – unausweichlich aber widersprüchlich – zwischen der Suche nach neuen Rollen- und Austauschmög-

lichkeiten einerseits, Versuchen der Wiederverpflichtung und Diffamierung der Nichtaktivität andererseits.

Für die These einer neuen Qualität spricht gewiss, dass mit vielen der genannten, teilweise sozialpädagogisch und in Bundesländermodellen angeleiteten Aktivierungsprogrammen noch deutlich individualszentrierte, private Mobilisierung angezielt wurde – auch als Beitrag zu gelingenderem erfolgreichem Alter, noch lange aber nicht unter dem Druck sich als gesellschaftlich nützlich auszuweisen. So hat das BMFSFJ etwa die Fünfte Altenberichtscommission der Bundesregierung mit Überlegungen zum Thema „Potenziale des Alters in Wirtschaft und Gesellschaft – Der Beitrag älterer Menschen zum Zusammenhalt der Generationen“ beauftragt. Im diesbezüglichen Projektporträt liest man: „Aufgrund der gestiegenen Lebenserwartung sowie dem verbreiteten frühzeitigen Ausscheiden aus dem Erwerbsleben hat sich eine neue Lebensphase ausgebildet, in der die Menschen weitgehend von Verpflichtungen in Beruf und Familie frei sind, weiterhin aber leistungsfähig und leistungsbereit bleiben. Dieser Lebensabschnitt sollte nicht nur individuell, sondern auch für die Gesellschaft genutzt werden. Das Know-how, die Kompetenz und die Lebenserfahrung dürfen weder in der Wirtschaft noch in der Gesellschaft weiter ungenutzt bleiben. Außerdem ist die Nutzung potentieller Ressourcen des Alters für unsere Gesellschaft auch im Hinblick auf die Aufrechterhaltung der intergenerationalen Solidarität“ (BMFSFJ o.J.: 1) bedeutsam.

Die Bundesregierung erwartet vom Fünften Altenbericht „Handlungsempfehlungen im Hinblick auf folgende Fragen: Welche neue Anforderungen ergeben sich speziell im Hinblick auf die Erhaltung der Solidarität zwischen den Generationen (Balance zwischen Generationengerechtigkeit und individueller Freiheit)? Welche Stärken haben ältere Menschen und wie sind diese Stärken für neue soziale Rollen in einer sich wandelnden Gesellschaft nutzbar zu machen? Welche Rahmenbedingungen sind nötig, um die Bereitschaft der verschiedenen gesellschaftlichen Akteure zur Nutzung der Potenziale des Alters zu fördern?“ (ebda.: 4). Die Aufgabe transportiert genau jenen Nützlichkeitsdruck, von dem oben die Rede war – er wird inzwischen ganz unverstellt erhoben, auch da, wo er moderat formuliert daherkommt. Dies ist gewiss ebenso ein Prüfstein für die neue Qualität des Aktivierungsdiskurses wie die endlich nachhaltig auf die Tageordnung kommende Problematik der fehlenden Institutionen und Rollenmodelle, innerhalb derer sich Aktivität und Verantwortlichkeit außerhalb akzeptierter Formen des Ehrenamtes oder des Engagements und Transfers für Angehörige wirklich entfalten könnte.

Mit Blick auf das vierte Alter schließlich käme – nur als Andeutung – ein Prüfstein hinzu, der wohl nirgends so deutlich nach einer Lösung verlangt wie hier: Nachhaltige Aktivierung bedeutet hier in besonderem Maße die Frage der Pflege ihrer Grundlagen, kann also noch weniger gedacht werden als Aktivierung durch Freisetzung, bloßen Anreiz oder Sanktion. Pflege als eine der schwierigsten Aktivierungsaufgaben macht klar, dass hier die Arbeitskraft *unternehmerin* dieser Verhaltenserwartung – die oft mit den eigenen Präferenzen zusammenkommt – nur gerecht werden kann in einer besser *gemischten Ökonomie*, im Kontext der als „enabling state“ beschriebenen spezifischen Form von Aktivierung.

V *Die Alten der altenpolitische Aktivierungsprogrammatis als Forschungsherausforderung*

Richten wir damit nochmals den Blick aufs Ganze und stellen zum Abschluss dieser Skizze einige Fragen: Es sind Fragen zunächst danach, ob die Analyse der beschriebenen Diskurse überhaupt zutreffend ist, Fragen auch zentral danach, inwiefern den Herausforderungen in einer Gesellschaft weiterhin vorherrschend desintegrierter Altersrollen entsprechende Gelegenheitsstrukturen ebenso gegenüberstehen wie Potenziale und Ressourcen. Dazu sind einerseits für Teilgruppen, andererseits hinsichtlich spezifischer lokaler Wohlfahrtskulturen, schließlich mit Blick auf bestimmte Konstellationen bzw. Abschnitte im Lebenslauf – kurz: im Lichte einer differenziellen Sicht auf „ein“ überaus plurales Alter – vielfältige Zweifel begründet.

Hinzu kommt aber ein Bündel von Fragen, deren Klärung gleichermaßen aus der Sicht einer soziologischen Sozialpolitikanalyse wie praktischer Politik und professioneller Praxis von höchstem Interesse wäre: Wie steht es um die „Akzeptanz“ einer über Einzelprogramme hinaus universalisierten und radikalisierten Aktivitäts- und Aktivierungs-Figur – im Sinne eines gesellschaftlichen Wissens und einer sozialen Praxis, die dem neuen Bild vom „aktiven Alter“ entsprechen bzw. die Realität des „aktiven Alten“ überhaupt erst konstituieren. Wie verarbeiten (zukünftig) alte Menschen die veränderten politischen und institutionellen Anforderungen an ein gelungenes und legitimes, *weil* produktives und aktives Alter? Kommt es möglicherweise zu einer schwierigen Kehrseite des an sich positiven Leitbildes dadurch, dass freiwillige oder unfreiwillige „Nichtaktivität“ im Alter moralisch delegitimiert wird? Sind die gesellschaftlichen Erwartungen an Aktivität, Produktivität und Funktionalität des Alters durch entsprechende Selbstbilder und Selbsttechniken, durch die Erwartungen der Adressaten an und ihren Umgang mit sich selbst, gedeckt?

Noch wissen wir wenig über Erfahrungen, Identitäten und Praktiken sozialer Akteure, darüber, „wie sich Individuen zu den programmatischen Anrufungen ins Verhältnis setzen und als Subjekte konstituieren“ (Pieper 2003: 155). Damit geht es konkret um Fragen nach ihrem Selbstverständnis, ihrer Selbstkonstruktion und ihrer Selbstführung als aktive, verantwortliche und produktive Alte. Für weitere Forschung produktiv wäre die Überzeugung, dass Geltung, Erfolg und Definitionsmacht der aktivgesellschaftlichen Altersprogrammatis – ebenso wie diesbezügliche Widerstände, Brüche und Umdeutungen – nicht auf der Ebene programmatischer Diskurse, sondern nur auf der Ebene gesellschaftlicher Praxis, in Kategorien sozialer Akzeptanz oder Nicht-Akzeptanz und in Praxen spezifischer ggf. umformender Aneignung durch Individuen und oder Gruppen zu analysieren sind. Insofern müsste das analytische Interesse an der sozialpolitischen Konstruktion der Aktivgesellschaft übersetzt werden in die Frage nach der tätigen Mithilfe, der aktiven Anteilnahme der Subjekte an ihrer Selbstkonstitution als Aktivbürger(innen) im Alter. Auf diese Weise könnte ein empirisch wie theoretisch relevanter und innovativer Beitrag zu einer immer noch bedenklich unterentwickelten Soziologie der Sozialpolitik (Vogel 2004: 50) geleistet werden, die nach der Konstitution einer – auf die Altersphase bezogenen – aktivgesellschaftlichen „Ordnung von unten“ (Angermüller 2004: 392) fragt.

Ein so formuliertes Erkenntnisinteresse geht in zentralen Belangen über die hier üblicherweise betriebenen Politikfeldanalysen (im Sinne von politischen Akteursstrategien und Entscheidungsprozessen) und Lebenslagenstudien (im Sinne der ungleichheitsstrukturierenden Effekte sozialpolitischer Intervention) hinaus. Empirische Beiträge zu einer Soziologie des „aktiven Alters“ könnten mit Gewinn theoretisch an den soziologischen Institutionalismus (Lepsius; Rehberg) anschließen und diesen mit An-

sätzen der „Governmentality Studies“ im Anschluss an das Spätwerk Foucaults kombinieren (vgl. Lessenich 2003a: Kap. 2, Lessenich 2003c, van Dyk 2005: Kap. 2). Dieser theoriekombinatorische Akt würde es erlauben, die Fragen nach der Handlungs- und der Deutungsrelevanz institutioneller Wertbezüge systematisch miteinander zu verschränken. Das Problem institutioneller Ordnung(en) stellt sich dann als Frage der Genese und „Geltung“ gesellschaftlicher Deutungen und politischer Wissensbestände im Kontext sozialer Machtverhältnisse.

Eine der diesbezüglich zentralen Einsichten der Foucaultschen „Gouvernementalitätstheorie“ besteht darin, „Regierung“ als reflexives Verhältnis von Fremdführung und Selbstführung zu verstehen, in dessen Rahmen das sich selbst konstituierende Subjekt als aktiver Part einer Machtbeziehung, als „Vehikel der Macht“, auftritt. Erstaunlicherweise bleiben allerdings die Analysen der an Foucaults Theorie ansetzenden „Governmentality Studies“ in der Regel ganz der Welt „neoliberaler“ Diskurse und Programme – etwa des „unternehmerischen Selbst“ (Bröckling 2002; Dean 1995) – verhaftet, ohne deren sozialen Entstehungs-, Aneignungs- und Anwendungsbedingungen nachzugehen (Müller 2003): „Governmentality writers do not, as a general rule, show interest in the actual experiences of the individuals who are supposed to assume the identities portrayed within neoliberalism and who are the subjects of its various micro practices“ (Howard 2004: 6). Das Gelingen eines Aktivierungsprogramms aber muss sich geradezu daran messen lassen – inwieweit es verfährt in den Köpfen, Herzen und Handlungsweisen der Subjekte, ob jünger oder älter.

Literatur

- Angermüller, Johannes, 2004: Michel Foucault – auf dem Weg zum soziologischen Klassiker?, in: *Soziologische Revue* 27, S. 385-394.
- Backes, Gertrud M.; Clemens, Wolfgang; Kühnemann, Harald, 2004: Lebensformen und Lebensführung im Alter – objektive und subjektive Aspekte des Alter(n)s, in: Gertrud M. Backes u.a. (Hrsg.), *Lebensformen und Lebensführung im Alter*, Wiesbaden: VS, S. 7-22.
- Barkholdt, Corinna, 2004: Potenziale des Alters und das Postulat Lebenslangen Lernens – Implikationen für Lebenslage und Lebensführung im Alter, in: Gertrud M. Backes u.a. (Hrsg.), *Lebensformen und Lebensführung im Alter*, Wiesbaden: VS, S. 133-149.
- Baltes, Margret M./Montada, Leo (Hrsg.) 1996: *Produktives Leben im Alter*. Frankfurt a.M., New York
- Baltes, Paul. B. and Mayer, Karl Ulrich (eds.) 1999: *The Berlin Aging Study: Aging from 70 to 100*. New York: Cambridge University Press
- Bengtson, Vern L.; Achenbaum, Andrew W. (eds.) 1993: *The Changing Contract across Generations*. New York.
- Boltanski, Luc; Chiapello, Ève, 2003: *Der neue Geist des Kapitalismus*, Konstanz: UVK.
- Bröckling, Ulrich, 2002: Jeder könnte, aber nicht alle können. Konturen des unternehmerischen Selbst, in: *Mittelweg* 36 11 (4), S. 6-26.
- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ), o.J.: Projektporträt „5. Altenbericht“, <http://www.dza.de/download/presentation5ab.pdf> (Download am 24.2.2005).
- Dallinger, Ursula, 2005: Generationengerechtigkeit – die Wahrnehmung der Bevölkerung, in: *apuz*, 8/2005, S. 29-37.
- Dean, Mitchell, 1995: Governing the unemployed self in an active society, in: *Economy and Society* 24, S. 559-583.
- Deutscher Bundestag, 2002: *Enquete-Kommission Demographischer Wandel – Herausforderungen unserer älter werdenden Gesellschaft an den einzelnen und die Politik*, Berlin: Deutscher Bundestag.
- Esping-Andersen, Gøsta, 2002: Towards the Good Society, Once Again?, in: Gøsta Esping-Andersen et al., *Why We Need a New Welfare State*, Oxford: Oxford University Press, S. 1-25.
- Giddens, Anthony, 1998: The Social Investment State“, in: Anthony Giddens, *The Third Way. The Renewal of Social Democracy*, Cambridge: Polity Press, S. 99-128.
- Honneth, Axel, 2002: Organisierte Selbstverwirklichung. Paradoxien der Individualisierung, in: Axel Honneth (Hrsg.), *Befreiung aus der Mündigkeit. Paradoxien des gegenwärtigen Kapitalismus*, Frankfurt/New York: Campus, S. 141-158.
- Howard, Cosmo, 2004: The new governance of Australian welfare: street-level contingencies, in: Paul Henman; Menno Fenger (eds.), *Administering Welfare Reform. International Transformations in Welfare Governance*, Bristol: Policy Press [i.E.].
- Kohli, Martin, 1985: Die Institutionalisierung des Lebenslaufs. Historische Befunde und theoretische Argumente, in: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 37, S. 1-29.

- Kruse, Andreas; Martin, Mike (Hrsg.): *Enzyklopädie der Gerontologie. Alternsprozesse in multidisziplinärer Sicht*. Bern u.a.: Hans Huber
- Larsen, Trine P.; Taylor-Gooby, Peter, 2004: New Risks at the EU Level; A Spillover from Open Market Policies?, in: Peter Taylor-Gooby (ed.), *New Risks – New Welfare. The Transformation of the European Welfare State*, Oxford: Oxford University Press, S. 181-208.
- Laslett, Peter, 1995: *Das Dritte Alter. Historische Soziologie des Alterns*. Weinheim/München: Juventa.
- Lessenich, Stephan, 2003a: *Dynamischer Immobilismus. Kontinuität und Wandel im deutschen Sozialmodell*, Frankfurt/New York: Campus.
- Lessenich, Stephan, 2003b: Der Arme in der Aktivgesellschaft – zum sozialen Sinn des „Förderns und Forderns“, in: *WSI-Mitteilungen* 56, S. 214-220.
- Lessenich, Stephan, 2003c: Soziale Subjektivität. Die neue Regierung des Sozialen, in: *Mittelweg* 36 12 (4), S. 80-93.
- Mandin, Christelle, 2004: „Active Ageing in Europe“, Paper prepared for the WRAMSOC („Welfare Reform and the Management of Societal Change“) workshop in Berlin, 23-24 April 2004.
- Mayer, Karl Ulrich; Müller, Walter, 1989: Lebensverläufe im Wohlfahrtsstaat, in: Ansgar Weymann (Hg.), *Handlungsspielräume. Untersuchungen zur Institutionalisierung und Individualisierung von Lebensläufen in der Moderne*, Stuttgart: Enke, S. 41-60.
- Mohr, Katrin, 2004: Pfadabhängige Restrukturierung oder Konvergenz? Reformen in der Arbeitslosenversicherung und der Sozialhilfe in Großbritannien und Deutschland, in: *Zeitschrift für Sozialreform* 50, S. 283-311.
- Müller, Cathren, 2003: Neoliberalismus als Selbstführung. Anmerkungen zu den „Governmentality Studies“, in: *Das Argument* 249, S. 98-106.
- Myles, John, 1990: States, Labor Markets, and Life Cycles, in: Robert Friedland; Alexander F. Robertson (eds.), *Beyond the Marketplace. Rethinking Economy and Society*, New York: Aldine de Gruyter, S. 271-290.
- Niephaus, Yasemin, 2003: *Der Geburteneinbruch in Ostdeutschland nach 1990. Staatliche Regulierung generativen Handelns*, Opladen: Leske + Budrich.
- Otto, Ulrich, 1995: *Senioren-genossenschaften. Modell für eine künftige Wohlfahrtspolitik*. Opladen: Leske + Budrich.
- Otto, Ulrich & Bauer, Petra (Hrsg.) 2005: *Mit Netzwerken professionell zusammenarbeiten. Bd. 1: Soziale Netzwerke in Lebenslauf- und Lebenslagenperspektive*. Tübingen: dgvt.
- Pieper, Marianne, 2003: Regierung der Armen oder Regierung von Armut als Selbstsorge, in: Marianne Pieper; Encarnación Gutiérrez Rodríguez (Hrsg.), *Gouvernementalität. Ein sozialwissenschaftliches Konzept in Anschluss an Foucault*, Frankfurt/New York: Campus, S. 136-160.
- Pongratz, Hans J.; Voß, G. Günter, 2003: *Arbeitskraftunternehmer. Erwerbsorientierung in entgrenzten Arbeitsformen*, Berlin: edition sigma.
- Riley, Mathilda W.; Riley, J. W. 1992: Individuelles und gesellschaftliches Potential des Alterns. In: Paul B. Baltes/Jürgen Mittelstraß (Hrsg.), *Zukunft des Alterns und gesellschaftliche Entwicklung*. Berlin/New York: Walter de Gruyter, S. 437-459.
- Rosow, I. 1974: *Socialisation to old age*. Berkeley: University of California Press.
- Seeleib-Kaiser, Martin, 2001. *Globalisierung und Sozialpolitik Ein Vergleich der Diskurse und Wohlfahrtssysteme in Deutschland, Japan und den USA*. Frankfurt/New York: Campus.
- Swaan, Abram de 1993: *Der sorgende Staat. Wohlfahrt, Gesundheit und Bildung in Europa und den USA der Neuzeit*. Frankfurt: Campus
- Tews, Hans Peter 1993: Neue und alte Aspekte des Strukturwandels des Alters. In Gerhard Naegele; Hans Peter Tews (Hrsg.), *Lebenslagen im Strukturwandel des Alters, Alternde Gesellschaft – Folgen für die Politik*. Opladen: Westdeutscher Verlag (S. 15-42).
- Thomson, David, 1989: The Welfare State and Generational Conflict: Winners and Losers, in: Paul Johnson; Christoph Conrad, David Thomson (eds.), *Workers versus Pensioners: Intergenerational Justice in an Aging World*. Manchester.
- Ullrich, Carsten G., 2000: *Solidarität im Sozialversicherungsstaat*. Frankfurt/New York: Campus.
- Ullrich, Carsten G., 2004: Aktivierende Sozialpolitik und individuelle Autonomie, in: *Soziale Welt* 55, S. 145-158.
- van Dyk, Silke, 2005: *Die Ordnung des Konsenses. Soziale Pakte in Irland und den Niederlanden*, Diss. Universität Göttingen.
- Vogel, Berthold, 2004: Der Nachmittag des Wohlfahrtsstaats. Zur politischen Ordnung gesellschaftlicher Ungleichheit, in: *Mittelweg* 36 13 (4), S. 36-55.
- Voß, G. Günter; Pongratz, Hans J., 1998: Der Arbeitskraftunternehmer: eine neue Grundform der Ware Arbeitskraft?, in: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 50, 1998, S. 131-158.
- Walters, William, 1997: The ‚active society‘: new designs for social policy, in: *Policy and Politics* 25, S. 221-234.